

Niederschrift

über die öffentliche Sitzung des Stadtrates vom 22.04.2010 um 17.35 Uhr im Sitzungssaal des Rathauses

Anwesend: Oberbürgermeister Müller

UsW-Stadtratsfraktion:

Stadtrat Ferenczy

Stadtrat Günther

Stadtrat May

Stadtrat E. Müller

Stadträtin Richter

Stadtrat Schmidt_

CSU-Stadtratsfraktion:

Stadtrat Moser

Stadträtin Stocker

Stadtrat Weiglein_

SPD-Stadtratsfraktion:

Stadträtin Dr. Endres-Paul

Stadtrat Heisel

Stadträtin Glos

Stadträtin Kahnt

Stadtrat Sycha

FW-Stadtratsfraktion:

Stadtrat Haag

Stadträtin Wachter

Stadträtin Wallrapp

KIK-Stadtratsfraktion:

2. Bürgermeister Christof

Stadtrat Steinruck (ohne Ziffer 8)

Stadtrat Popp

ödp-Stadtratsgruppe:

Stadtrat Pauluhn

Stadträtin Schmidt

ProKT-Stadtratsgruppe:

Stadtrat Böhm

Stadtrat Schardt (ohne Ziffer 8)

Ortssprecher

Frau Schlötter (Sickershausen)

Herr Pfrenzinger (Hoheim)

Berufsmäßige Stadträte: Rodamer

Berichterstatter: Oberrechtsrätin Schmöger

Oberamtsrat Hartner

Bauamtsleiter Janner

Frau Noormann

Herr Pohl

Protokollführer: Verwaltungsfachwirt Müller

Entschuldigt fehlten:

Stadtrat Lorenz

Bürgermeisterin Regan

Stadtrat Rank

Feststellung gemäß § 27 der Geschäftsordnung

Sämtliche Mitglieder des Stadtrates waren ordnungsgemäß geladen. Von den 31 Mitgliedern sind zu Beginn der Sitzung mehr als die Hälfte anwesend. Der Stadtrat ist somit beschlussfähig. Es gibt keine Einwände gegen die Tagesordnung.

1. Antrag der KIK-Fraktion vom 25.03.2010 auf Durchführung eines "Bürgerhaushalts 2011"

A. Oberbürgermeister Müller verweist auf die Diskussion im Finanzausschuss und auf den Antrag Nr. 76/2010 der KIK-Fraktion, wonach vor einer Beschlussfassung des Antrages über den Bürgerhaushalt eine Informationsveranstaltung im Stadtrat über die Vor- und Nachteile eines Bürgerhaushaltes erfolgen solle. Er bittet um Abstimmung des Antrags auf Abhaltung einer Informationsveranstaltung.

B. Mit 21 : 4 Stimmen

Mit dem Antrag der KIK auf Abhaltung einer Informationsveranstaltung zum Thema „Bürgerhaushalt“ im Vorfeld der Abstimmung über die Einführung des Modells in der Stadt Kitzingen besteht Einverständnis.

2. Stiftung für Alten- und Pflegehilfe Kitzingen
Jahresabschluss 2009

Mit 25 : 0 Stimmen

Von den Abschlussergebnissen des Verwaltungs- und Vermögenshaushalts 2009 der Stiftung für Alten- und Pflegehilfe Kitzingen wird Kenntnis genommen:

Verwaltungshaushalt	
Einnahmen und Ausgaben	38.181,15 €
Vermögenshaushalt	
Einnahmen und Ausgaben	<u>42.467,28 €</u>
	<u>80.648,43 €</u>
Zuführung zum Vermögenshaushalt	25.901,42 €
Auszahlung an die Caritas zur zweckentsprechenden Verwendung, zusätzlich zu dem bereits gewährten Aufwendungszuschuss in Höhe von 11.843,06 €	<u>500,00 €</u>
Aufstockung des Stiftungsvermögens	<u>25.401,42 €</u>

3. Stiftung für Alten- und Pflegehilfe Kitzingen:
Erhöhung des Verwaltungskostenbeitrages an die Stadt Kitzingen

Mit 25 : 0 Stimmen

Der Erhöhung des Verwaltungskostenbeitrages ab 2010 (fällig 30.06.) von der Stiftung für Alten- und Pflegehilfe an die Stadt Kitzingen von bisher 1.500,00 € auf 1.800,00 € wird zugestimmt.

4. 8. Satzung zur Änderung der Satzung über die Benutzung der Bestattungseinrichtungen der Stadt Kitzingen (Friedhofs- und Bestattungssatzung)

Mit 25 : 0 Stimmen

1. Vom Sachvortrag wird Kenntnis genommen.
2. Dem Erlass dieser Niederschrift als Anlage 1 beigefügte „8. Satzung zur Änderung der Satzung über die Benutzung der Bestattungseinrichtungen der Stadt Kitzingen“ wird zugestimmt.

5. 14. Satzung zur Änderung der Satzung über die Erhebung von Gebühren für die Benutzung der Bestattungseinrichtungen der Stadt Kitzingen (Friedhofsgebührensatzung)

Mit 25 : 0 Stimmen

1. Vom Sachvortrag wird Kenntnis genommen.
2. Dem Erlass dieser Niederschrift als Anlage 2 beigefügte „14 Satzung zur Änderung der Satzung über die Erhebung von Gebühren für die Benutzung der Bestattungseinrichtungen der Stadt Kitzingen“ (Friedhofsgebührensatzung) wird zugestimmt.

6. Wirtschaftsförderung: Flächenmanagement - Zwischenbericht

Frau Noormann geht ausführlich auf den Zwischenbericht hinsichtlich des Flächenmanagements ein und stellt folgende Inhalte und Aufgaben dar:

- Aktualisierung der gesamten Stadtentwicklungsflächen (Ladenleerstände, Baulücken etc.)
- Aufnahme der Potenzialflächen in die Flächenmanagement-Datenbank mit Größe, Flurnummer, Eigentümer und Foto
- Verknüpfung der Datenbank über das Arc-GIS-Programm
- Ansprache der Eigentümer mit Info Flyer

Frau Noormann geht auf den Nutzen und die Möglichkeiten des Flächenmanagements ein und erläutert als Fernziel ein Flächenpool für das Internet, wo Interessenten geeignete Flächen selbst herausuchen können. Sie gibt zu Bedenken, dass dieses Ziel nur mit dauernder Fortschreibung und Betreuung erfolgen könne.

Im Folgenden haben die Stadträte verschiedene Fragen zum Inhalt, der technischen Abwicklung und der Betreuung im Haus und geben Anregungen redaktioneller Art.

Auf die Bedenken, wer in der Verwaltung diese umfangreiche Aufgabe betreuen solle, verweist Frau Noormann auf die Möglichkeit einer Projektstelle, die nach Leader + gefördert werden könne.

2. Bürgermeister Christof möchte wissen, ob dies Voraussetzung dafür sei.

Oberbürgermeister Müller erklärt, dass dies keine Voraussetzung sei jedoch mit Blick auf eine entsprechende Umsetzung sinnvoll wäre.

Die Information von Frau Noormann wird zur Kenntnis genommen.

7. Wirtschaftsförderung: Information zur Durchführung von Unternehmensgesprächen

Frau Noormann geht ausführlich auf die Art und Weise der Durchführung der Unternehmensgespräche ein und stellt den Ablauf eines solchen Gespräches anhand eines Leitfadens dar. Abschließend weist sie darauf hin, dass aus den Gesprächen Handlungsansätze herausgezogen werden sollten.

Im Folgenden haben die Stadträte verschiedene Fragen zu den Unternehmensgesprächen, worauf Frau Noormann jeweils eingeht.

Die Information wird zur Kenntnis genommen.

8. BGV-Nr. 136/09:

Bauvoranfrage zur Errichtung eines Einfamilien-Wohnhauses mit Doppelgarage

hier: Antrag auf Befreiung nach § 31 Abs. 2 BauGB

(Stadtrat Steinruck ist aufgrund persönlicher Beteiligung von der Beratung und Beschlussfassung ausgeschlossen und begibt sich ohne Aufforderung in den Zuhörerbereich).

A. **Mit 23 : 0 Stimmen**

Der Stadtrat der Stadt Kitzingen stellt die Erteilung eines positiven Bescheids nur teilweise in Aussicht. So wird nachfolgende Befreiung gemäß § 31 Abs. 2 BauGB in Bezug auf das Maß der baulichen Nutzung befürwortet:

Es sind für das Vorhaben 3 statt 2 Vollgeschosse (U/H+I oder I+D) zulässig.

B. **Mit 21 : 2 Stimmen**

Einer Befreiung gemäß § 31 Abs. 2 BauGB in Bezug auf die Festsetzungen des Bebauungsplanes (hier: Verbot von Ein- und Ausfahrten sowie öffentliche Verkehrsgrünfläche) stimmt der Stadtrat nicht zu, da die Grundzüge der Planung berührt werden.

9. BGV-Nr. 10/2010

Bauantrag zur Errichtung eines Wohn- und Bürogebäudes mit Garage und Carport, Flurstück Nr. 2685/1, Winterleitenweg 41

Antragsteller: Johan van Zadelhoff, Kitzingen

A. Herr Pohl geht kurz auf den Sachverhalt ein und stellt dar, dass die Angelegenheit dem Landratsamt mit der Bitte um Stellungnahme vorgelegt wurde. Das Landratsamt bestätigte dabei die Meinung der Verwaltung, wonach das Vorhaben unter den gegebenen Erschließungsbedingungen nicht genehmigt werden dürfe.

Im Folgenden diskutieren die Stadträte ausführlich über die Vorhaben, worauf Stadträtin Richter den Antrag auf Schluss der Debatte stellt.

B. Mit 3 : 21 Stimmen

1. Vom Sachvortrag wird Kenntnis genommen.
 2. Der Stadtrat lehnt die Bauvoranfrage zur Errichtung eines Wohn- und Bürogebäudes mit Garage und Carport am Winterleitenweg, Flst-Nr. 2685/1, wegen seiner Lage im Außenbereich und der nicht gesicherten Erschließung ab.
- C. Oberbürgermeister Müller stellt fest, dass der Beschlussvorschlag der Verwaltung (negative Bescheidung des Vorhabens) abgelehnt wurde. Er bittet nun um positive Beschlussfassung.

D. Mit 21 : 3 Stimmen

1. Vom Sachvortrag wird Kenntnis genommen.
 2. Der Stadtrat stimmt der Bauvoranfrage zur Errichtung eines Wohn- und Bürogebäudes mit Garage und Carport am Winterleitenweg, Flst-Nr. 2685/1 zu.
10. Beschaffung eines Hochverfügbarkeitsspeicher für die Zentralverwaltung im Rahmen des neuen Serverkonzeptes
Bekanntgabe der Auftragsvergabe aus nichtöffentlicher Sitzung

Oberbürgermeister Müller weist darauf hin, dass in nichtöffentlicher Sitzung der o.g. Auftrag an die Firma Bechtle zu einem Angebotspreis in Höhe von 19.990,81 € vergeben wurde.

Dies wird zur Kenntnis genommen.

11. KIK-Antrag 77-2010: Zuladung von weiteren Beteiligten zum Konversionsgespräch

A. Oberbürgermeister Müller verweist auf den Antrag der KIK auf Zuladung von weiteren Beteiligten zum Konversionsgespräch und stellt dar, dass mit der Ladung

- der BIMA
 - dem Luftamt Nordbayern
 - von Verantwortlichen der Regierung von Unterfranken zum Thema FFH
 - von Verantwortlichen des Landratsamtes zu den Themen Bodenwertermittlung und Altlastenentsorgung sowie
 - der LKW
- Einverständnis bestehe.

Nicht hingegen sollen die mit den Kampfmittelbeseitigungen befassten Stellen bei der Bay. Staatsregierung, Verantwortliche des Regionalen Planungsverbandes sowie die mit dem militärischen Flugplatz befassten Stellen bei der Wehrbereichsverwaltung hinzugeladen werden.

Die Sitzung finde nach gegenwärtigem Kenntnisstand am Dienstag, 04.05.2010 statt.

B. Mit 1 : 23 Stimmen

Es besteht Einverständnis, zur Sondersitzung Konversion die mit den Kampfmittelbeseitigungen befassten Stellen bei der Bay. Staatsregierung einzuladen.

C. Mit 1 : 23 Stimmen

Es besteht Einverständnis, zur Sondersitzung Konversion den Regionalen Planungsverband einzuladen.

D. Mit 1 : 23 Stimmen

Es besteht Einverständnis, zur Sondersitzung Konversion die mit den militärischen Flugplatz befassten Stellen bei der Wehrbereichsverwaltung einzuladen.

E. Oberbürgermeister Müller stellt fest, dass die Anträge jeweils abgelehnt wurden und es bei der Ladung der o. g. Institutionen bleibe. Darüber hinaus werden alle Mitglieder des Bundes- und Landtages im Wahlkreis als Gäste zur Sondersitzung geladen.

12. Information von Oberbürgermeister Müller

Gespräch mit SPD-Landtagsabgeordneten Halbleib und Herrn Kunze (BIMA)

Oberbürgermeister Müller weist darauf hin, dass am 26.04.2010 auf Einladung von Herrn Landtagsabgeordneten Halbleib (SPD) ein Gespräch mit Herrn Kunze in Würzburg stattfinden werde, wozu die Stadt und alle Fraktionen und Gruppen eingeladen wurden. Aufgrund der zeitgleich stattfindenden Bürgerversammlung in Hoheim wurde Herr Halbleib gebeten, den Termin möglichst zu verschieben. Im Falle, dies sollte nicht möglich sein, werde ein städtischer Vertreter an diesem Termin teilnehmen.

13. Sach- und Kostenstand der Hoch- und Tiefbaumaßnahmen der Stadt Kitzingen

Information von Bauamtsleiter Janner

Bauamtsleiter Janner geht ausführlich auf den gegenwärtigen Sach- und Kostenstand der Hoch- und Tiefbaumaßnahmen ein.
Die Übersicht liegt der Niederschrift als Anlage 3 bei.

14. Hinweis von Oberbürgermeister Müller

Neubau Klinik Kitzinger Land auf den Konversionsflächen

Oberbürgermeister Müller weist darauf hin, dass die Stadt einen möglichen Neubau des Klinik Kitzinger Landes auf den Konversionsflächen befürworten würde.
Dies wird zur Kenntnis genommen.

15. Anfrage von Stadträtin Richter

Blumentöpfe an den Stadteingängen zum Hinweis auf Natur in der Stadt

Stadträtin Richter verweist auf die Blumentöpfe an den Stadteingängen, die als Werbung für Natur in Kitzingen dienen sollen und stellt fest, dass der Topf im Bereich von Repperndorf stehen sollte, da dies ihrer Auffassung der Stadteingang von Würzburg kommand sei.

Oberbürgermeister Müller sagt eine Prüfung zu, ob in diesem Bereich eine geeignete Fläche zu finden ist.

16. Anfrage von 2. Bürgermeister Christof
Sachstand Hotel am Main

2. Bürgermeister Christof fragt nach dem Sachstand in Sachen Hotel am Main.
Oberbürgermeister Müller verweist auf eine in Kürze stattfindende nichtöffentliche Information.

17. Anfrage von Stadtrat Böhm
Stadteingangshinweisschilder – Partnerstadt Trebnitz

Stadtrat Böhm verweist auf die Stadteingangsschilder und der fehlende Hinweis auf die neue Partnerstadt in Trebnitz.

Oberamtsrat Hartner weist darauf hin, dass die Hinweisschilder entsprechend ergänzt werden sollen.

Oberbürgermeister Müller schließt die öffentliche Sitzung um 20.00 Uhr.

Oberbürgermeister

Protokollführer